## Neugruppierung der Mächte?

Wenn man die Geschichte des letzten Jahres überblickt und insbesondere von dem Tage ab, da in Potsdam Kaiser Wilhelm mit dem russischen Zaren eine längere Unterredung hatte, so darf man sagen: die Bangemacher haben eine Niederlage erlitten und die immer stärker werdende Idee des Friedens hat einen glänzenden Sieg errungen. Bismarcks politisches Ideal ist nahezu erreicht, denn Deutschland lebt im Bündnis mit Österreich-Ungarn und hat (in den Potsdamer Unterredungen) mit Rußland eine Art Rückversicherung geschlossen, von der dem Laien bekannt geworden ist, daß sie Frankreich zum

**Verzicht auf einen Traum**

gezwungen hat; denn Kenner der Verhältnisse in Frankreich haben unumwunden eingestanden, daß das Zarenreich nicht gewillt ist, seine Truppen gegen Deutschland marschieren zu lassen. Und auf Grund dieser durch die halbamtliche und nichtamtliche Presse laut verkündeten Erkenntnis setzte die Arbeit der Bangemacher ein. In Paris schrieben sie, das französisch-russische Bündnis sei wertlos, in London orakelten sie, Deutschlands durch die Aussprache mit Rußland gewonnenes Übergewicht werde sich wirtschaftlich schwer bei allen Völkern im überseeischen Verkehr bemerkbar machen. In Petersburg endlich hieß es, die deutsche Politik werde

**Österreich-Ungarns Eroberungsabsichten auf dem Balkan**

unterstützen und in Berlin endlich war in mehr als einem Blatte zu lesen, daß Rußland nur die Verständigung mit Deutschland gesucht habe, um seine asiatische Politik wieder aufnehmen zu können und daß durch die deutsch-russische Annäherung das Verhältnis Frankreichs zu England ein für den Weltfrieden gefährlich inniges geworden sei. Alle diese Meinungen gewannen meist einen Anhängerkreis, weil sie für den oberflächlichen Beobachter die Wahrheit zu sagen schienen. Aber in der Wirklichkeit sehen die Dinge doch anders aus. Man braucht nicht an die amtlichen Erklärungen der in Frage kommenden Staatsmänner zu denken, es genügt, die staatlichen Notwendigkeiten der Länder zu prüfen, um die es sich bei der angeblichen

**Neugruppierung der Mächte**

handelt. Wer wollte leugnen, daß der Zweibund seit seinem Bestehen durch sein bloßes Dasein genau so dem Frieden gedient hat, als der Dreibund. Was für Gespenstermären sind in Paris und in Petersburg in den letzten Jahren nicht in die Welt gesetzt worden! Und das, trotzdem man in dem Bündnis eine starke Sicherheit sehen mußte. Wie hätten sich die Hetzer erst frei und zum Schaden des Friedens entwickeln dürfen, wenn der Bund zwischen Frankreich und Rußland nicht bestanden und gleichsam ein Gegengewicht gegen den Dreibund gebildet hätte. Das weiß man in Deutschland sehr wohl, und es ist gut, daß von amtlicher Stelle mit allem Nachdruck das Gerücht widerlegt ist, wonach

**Deutschland gegen den Zweibund**

gewirkt habe oder zu wirken beabsichtige. Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung, Deutschland wolle Österreich unterstützen bei einem etwaigen Vorstoß auf dem Balkan. Der deutsche Botschafter in Konstantinopel hat mit aller wünschenswerten Deutlichkeit dieses Märchen zerstört und damit das Mißtrauen zerstreut, das solche Gerüchte bei der türkischen Regierung aufkommen lassen mußten. Allerdings entspricht es (nach den neuesten aus China kommenden Meldungen) den Tatsachen, daß Rußland mit erneutem Eifer seine Pläne in Ostasien verfolgt. Nachdem es durch Japan aus der Mandschurei verdrängt ist, macht es jetzt den Versuch, sich

**in der Mongolei**

festzusetzen. Da aber China sichtlich immer mehr erstarkt, darf man ihm getrost allein die Regelung dieser Angelegenheit überlassen. — Die Bangemacher sind auf der ganzen Linie geschlagen. Verständigungen zwischen den Völkern haben noch nie zu kriegerischen Verwickelungen geführt. Allerdings scheinen sie insofern im Recht zu sein, als in den letzten Tagen eine innigere Annäherung zwischen Frankreich und England stattgefunden hat. Die Behauptung gewisser französischer Blätter, die in der deutschen Presse vielfach wiedergegeben wird, daß zwischen London und Paris Verhandlungen wegen eines

**Militärabkommens**

stattgefunden haben, ist jedoch sicher auf dieselbe Quelle zurückzuführen, wie jene vor zwei Jahren, daß (im Falle kriegerischer Verwicklungen) England 100 000 Mann an der holsteinischen Küste landen solle. Es hat sich ja inzwischen herausgestellt, daß damals der Wunsch deutschfeindlicher Blätter der Vater des Gedankens war. — Wir wollen die russisch-deutsche Annäherung nicht überschätzen, die Zukunft aber auch nicht schwärzer sehen, als die Lage der Weltpolitik und das Vertrauen auf unsre Stärke nötig machen.

Westmann.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

*Verschiedene Blätter berichten, Kaiser Wilhelm werde auf seiner bevorstehenden Mittelmeerfahrt auch einen spanischen Hafen besuchen und dort mit dem spanischen König Alfons zusammentreffen. An den amtlichen Stellen ist indes von solchen Plänen des Monarchen nichts bekannt. Dagegen wird amtlich dem von der „Frkf. Ztg." verbreiteten Gerücht nicht widersprochen, daß der Monarch im Verlaufe seiner Reise dem Papste einen Besuch abstatten wird.

*Die Petitionskommission hat dem Reichstag einen Antrag unterbreitet, der die amtliche Einführung der Lateinschrift in den Schulen an Stelle der deutschen Schrift bezweckt. Daraufhin hat der Ausschuß zur Abwehr des Lateinschriftzwanges eine Dringlichkeitseingabe an den Reichstag gerichtet, die diesen ersucht, dem Beschlusse der Petitionskommission nicht beizutreten und die Sache an die Kommission zurückzuverweisen.

*In der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses erklärte der Finanzminister Dr. Lentze, die Regierung habe sich, obwohl sie gebunden sei (nach dem Gesetz vom 20. Mai 1909), innerhalb dreier Jahre neue Steuervorlagen einzubringen, noch nicht für irgend ein Steuerprogramm entschieden. Er könne nur mitteilen, daß an eine Vermögenszuwachssteuer, die von verschiedenen Seiten gefordert wird, nicht zu denken sei, weil die großen Einnahmen immer mehr international würden, so daß es schwer sei, richtige Steuererklärungen zu bekommen, und endlich würden in gewissem Sinne doch die Sparer dadurch bestraft.

*An Unterstützungen für Tabakarbeiter sind auf Grund der Bestimmungen des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 (im Anschluß an die Reichsfinanzreform), des Nachtrags zum Reichshaushaltsetat und der weiteren außeretatsmäßigen Bewilligung insgesamt 6 558 000 Mk. gezahlt worden, während das Tabaksteuergesetz nur eine Gesamtbewilligung von 4 Mill. Mk. ins Auge gefaßt hatte.

*Die braunschweigische Landesversammlung hat die Beratung der Kommissionsvorschläge zur Abänderung des Wahlrechts zum braunschweigischen Landtage begonnen. In der erregten Debatte ergab sich, daß die ländlichen Abgeordneten im allgemeinen gegen jede Wahlrechtsreform und gegen die geheime Wahl im besonderen sind.

### Österreich-Ungarn.

*Im österreichischen Abgeordnetenhause kam es wieder einmal zu einer jener unwürdigen Szenen, durch die dieses Parlament sich eine gewisse Berühmtheit in der Welt erobert hat. Bei der Besprechung der Vorlage gegen den Hausierhandel verteidigte ein jüdischer Redner den letzteren und als er auf Zwischenrufe erregt antwortete, schwirrten alsbald Kosemanen, wie Saujud', Lügner, Laubbud' durch die Luft. Daß es bei so gereizter Stimmung auch zu Tätlichkeiten kam, ist nicht zu verwundern. Wie bei früheren ähnlichen Vorkommnissen, trug nach einiger Zeit die Glocke des Präsidenten den Sieg davon. Einige der Kampfhähne werden sich aber noch duellieren.

### England.

*Im Oberhause gab der Regierungsvertreter auf eine Anfrage betr. das deutsch-russische Abkommen die Erklärung ab, daß die Verhandlungen zwischen beiden Staaten noch schweben und daß daher zurzeit keine Auskunft gegeben werden könne. Bemerkenswert ist, daß der Regierungsvertreter die deutsch-russischen Verhandlungen als überaus wichtig bezeichnete.

### Amerika.

*Die Lage der mexikanischen Regierung ist verzweifelt. Die Revolutionäre haben bereits mehrere feste Plätze in ihrem Besitz und es ist ihnen nach einem heißen Gefecht gelungen, ein ganzes Infanterieregiment zu entwaffnen. Bei dieser Sachlage zweifelt man in eingeweihten Kreisen, daß es dem (1909 zum siebenten Male auf den Präsidentenposten berufenen) greisen Diaz gelingen wird, sich in der Herrschaft zu halten. Es wird alles darauf ankommen, ob die Regierung ihre zweifellos überlegenen Streitkräfte zur rechten Zeit zusammengezogen kann.

## Aus dem Reichstage.

Der Reichstag nahm am Dienstag das Gesetz betr. die bei einem obersten Landgericht einzulegenden Revisionen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten endgültig an und setzte dann die zweite Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz fort. Dabei wurden noch eine Reihe sozialdemokratischer Anträge abgelehnt, die der Unabhängigkeit der Richter dienen sollten. Abg. Müller-Meiningen (fortschr. Vp.) beantragte einen § 22a, wonach nur von ständig angestellten Richtern das Amt eines in Strafsachen erkennenden Richters, eines Vorsitzenden des Schöffengerichts sowie eines Mitgliedes einer Strafkammer wahrgenommen werden darf. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag mit der Abänderung angenommen, daß die Beziehung auch auf Strafkammermitglieder fallen gelassen wird. Beim § 23 beantragte Abg. Müller-Meiningen (fortschr. Vp.) die Änderung dahin, daß auf Antrag des Staatsanwalts die Zuständigkeit des Amtsgerichts durch Beschluß der Strafkammer begründet werden muß. Der Antrag wurde abgelehnt. Bei der Abstimmung über Anträge der Abgg. Stadthagen (Soz.) und Dahlem (Ztr.), die sich mit der Geschäftsverteilung beschäftigen, stellte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus, und die Sitzung mußte abgebrochen werden.

Am 8. Februar wird die zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes fortgesetzt. Die Abstimmung über den am Dienstag unentschieden gebliebenen Antrag Dahlem (Ztr.) wird wiederholt und ergibt seine Annahme.

Die Sozialdemokraten beantragen zum § 62: Die Geschäftsverteilung muß so geregelt sein, daß die Zuständigkeit der Strafkammern nach den Anfangsbuchstaben des Namens der Angeklagten und bei mehreren Angeklagten nach dem Anfangsbuchstaben des Namens des ältesten Angeklagten bestimmt ist. Maßgebend ist der Zeitpunkt der Einreichung der Anklageschrift.

Abg. Heine (Soz.): Wir wollen durch diesen Antrag verhindern, daß in Zukunft Strafsachen an bestimmte Kammern nach der Willkür der Staatsanwaltschaft verwiesen werden. Ich erinnere an die in den 90er Jahren berühmte

**Brausewetter-Kammer,**

die durch ihre unglaublich scharfen Urteile gegen die Sozialdemokraten sich hervortat. Wir wollen in Zukunft nur den Inhalt über die Zuteilung entscheiden lassen.

Ein Regierungskommissar: Selbstverständlich müssen bei der Geschäftsverteilung allgemeine Grundsätze maßgebend sein. Die im Antrage vorgeschlagene Reglementierung paßt aber nicht ins Gesetz hinein. Es ist besser, in der Praxis es dem Präsidium zu überlassen, nach welchen Gesichtspunkten es vorgehen will. Der Antrag würde die größte Verwirrung anrichten. Wir bitten, ihn deshalb abzulehnen.

Geh. Oberjustizrat Supper weist den Vorwurf zurück, daß die Staatsanwaltschaft gewisse Sachen an bestimmte Strafkammern zu verweisen beliebt hat.

Abg. Heine (Soz.) hält seine Behauptung speziell im Moabiter Fall aufrecht. Die Staatsanwaltschaft hätte den Schein der Schiebung vermeiden müssen.

Geh. Oberjustizrat Supper: Ich erkläre auf das bestimmteste, daß irgendwelche Weisungen oder ein Wink an die Staatsanwaltschaft im Moabiter Fall nicht ergangen sind. Lediglich die Sache, die zuerst aus der Voruntersuchung kam, war entscheidend für die Zuteilung an die Strafkammer.

Abg. Heinze (nat.-lib.): Wegen eines vereinzelten Falles das Gesetz zu ändern, ist sehr bedenklich. Wenn wir den Antrag annehmen, dann können wir eine sachlich begründete Zuteilung an gewisse Kammern, die Spezialisierung einzelner Kammern für Lebensmittelverfälschung, Beraubungen und dergleichen nicht durchführen, was sich bis jetzt als sehr ersprießlich gezeigt hat. Wir sind gegen den Antrag.

Abg. Heine (Soz.): Was wir in Preußen erleben und erlebt haben, das raubt uns jedes Vertrauen zur Justiz! Fortschrittler und Zentrumsleute haben unter dieser Rechtsprechung gelitten, Polen und Dänen leiden noch heute mit uns.

Generalstaatsanwalt Supper: Die Staatsanwaltschaft hatte von Anfang an die Absicht, die erste Sache zur Anklage zu bringen. Dem Zufall ist es zuzuschreiben, daß es die Sache Hagen war. Hätte die Staatsanwaltschaft nun eine andre Kammer gewählt, was hätte man ihr da wohl für Vorwürfe gemacht! Die Staatsanwaltschaft kann es machen wie sie will, bei gewissen Leuten wird sie immer Mißtrauen finden.

Abg. Heine (Soz.): Was Vertrauen verdient, findet es auch bei uns.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt, im § 69 festzusetzen, daß die richterlichen Geschäfte an den Landgerichten in Strafsachen ausschließlich nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden dürfen.

Abg. Müller-Meiningen (fortschr. Vp.) empfiehlt einen weitergehenden Antrag, wonach das Amt eines Strafkammermitgliedes überhaupt nur von einem ständig angestellten Richter wahrgenommen werden darf.

Staatssekretär Disco spricht sich gegen beide Anträge aus.

Nach kurzer Debatte wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der Antrag Müller-Meiningen angenommen.

§ 73 betrifft die Zuständigkeit der Strafkammern. Ein sozialdemokratischer Antrag und übereinstimmend damit ein Antrag Ablaß (fortschr. Vp.) will, daß an Stelle der Strafkammern für die Verbrechen der Fälschung einer öffentlichen Urkunde und die Verletzung der Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere die Schwurgerichte zuständig sein sollen.

Abg. Zietsch (Soz.): Wir wollen nicht rütteln lassen an dem gegenwärtigen Bestande der Schwurgerichte und ihnen nicht Sachen entziehen, die sie viel besser als die Strafkammern entscheiden können. Wir treten auch dafür ein, daß alle Preßdelikte den Schwurgerichten überwiesen werden.

Abg. Ablaß (fortschr. Vp.): Die Regierungsvorlage ist widerspruchsvoll. Die liberale Errungenschaft der Schwurgerichte sollten wir uns gerade in dem gegenwärtigen Moment nicht schmälern lassen.

Oberlandesgerichtsrat Schultz: Wir danken für das uns entgegengebrachte Mißtrauen, denn es gibt uns Gelegenheit, auszusprechen, daß wir nicht Gegner, sondern

**Beschützer des Schwurgerichts**

sind. Wenn wir Gegner des Schwurgerichts wären, hätten wir es jetzt leicht gehabt, nicht mit derartigen kleinen Mitteilchen, sondern energisch dagegen vorzugehen. Wir brechen hier nur eine unangenehme Kante ab und wollen die Schwurgerichte in der heutigen Verfassung durchaus beibehalten.

Abg. Barenhorst (freikons.): Den Schwurgerichten müssen die hier in Frage stehenden Delikte entzogen werden. Die Laien sind auch meist nicht genügend über diese Delikte orientiert.

Abg. Heine (Soz.): Die Freundschaft der verbündeten Regierungen gegenüber den Schwurgerichten ist sehr eigentümlich. Den Bureaukraten sind sie ein Dorn im Auge, trotzdem sie meist so urteilen, wie Juristen vom Fach immer urteilen sollten.

Abg. Wellstein (Zentr.): Die Kommission, in der mehrere Richter sitzen, ist durchaus nicht für die Abschaffung der Schwurgerichte eingetreten.

Abg. Bassermann (nat.-lib.): Die Rechtsprechung der Schurgerichte ist im allgemeinen gut. Aber die einfachen Tatbestände sollte man den Schwurgerichten abnehmen.

Abg. Graf (wirtsch. Vgg.): Ich bin kein Freund der Schwurgerichte. Das Essener Urteil kam von einem Schwurgericht.

Die Debatte schließt. Vor der Abstimmung rügt Präsident Graf Schwerin den Abg. Heine (Soz.) wegen einer Äußerung, daß die Tätigkeit des Staatsanwalts im Essener Prozeß eine verbrecherische war, nachträglich zur Ordnung.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Kommissionsfassung.

Das Haus vertagt sich.

## Der Kaffee-Corner.

11] Roman von Cyrus Townsend Brady.

(Fortsetzung.)

„Geben Sie's mir, oder treten Sie in diesen Kaffeekampf ein."

„Was für ein Kaffeekampf?"

„Großer Gott, Mensch, wo leben Sie denn? Wissen Sie denn nicht, daß ich gegen einen unbekannten Hintermann von Cutter, Drewitt u. Kemp in Dezember-Kaffee kämpfe? Daß ich die Baissepartei bin? Heute ist der Entscheidungstag in dem Kampfe. Wenn ich diesen Tag überdaure, habe ich ein Millionengeschäft gemacht. Überdaure ich ihn nicht, dann habe ich alles verloren. Wenn Sie mir nur helfen, wenn Sie sich mit einer Million, mit sieben-, mit fünf-, mit vierhunderttausend Dollar zu unsrer Partei schlagen können, dann tun Sie's um Gottes willen, ich bitte, tun Sie's denn —"

Doch er kam nicht mehr weiter.

„Livingston," sagte Tillotson ruhig, aber mit so verschärfter Grausamkeit, daß Livingstones Blut förmlich erstarrte. „Livingstone, Sie haben mich vor einiger Zeit schwer beleidigt. Ich habe Sie nicht gefordert, weil — weil ich einen Grund dazu hatte, der Sie weiter nichts angeht. Aber ich habe damals geschworen, es Ihnen heimzuzahlen, und passen Sie auf, Livingstone, ich habe meinen Schwur auch gehalten. Ich habe Sie jetzt gerade dort, wo ich Sie haben wollte, und könnte ich's auch, ich würde keine Hand regen, um Sie zu retten. Aber ich kann's nicht einmal. Denn ich bin die Gegenpartei. Ich!"

Und damit wendete er sich um und ließ Livingstone stehen, wo er stand.

Wie vernichtet war dieser. Aus! Aus! Alles aus! Aber nein. Noch war ein Weg da: Reginald. Und wie im Fieber suchte er Smith-Vogts auf.

„Reginald," sagte er, „ich weiß, Sie sind drüben. Bei den andern. Wissen Sie was, treten Sie über zu uns."

„Weshalb denn? — Ich — ich —"

„Lassen Sie doch das elende Stottern und seien Sie nicht dumm. Sie können, wenn Sie vernünftig sind, einen tüchtigen Schnitt machen. Geben Sie mir Geld, und ich breche den Corner noch jetzt im letzten Moment."

„Aber Sie wissen doch . . ."

„Ich weiß, Sie sind bei den andern. Aber was tut's? Wenn ich den Corner breche — und ich breche ihn gewiß — so ersetze ich Ihnen den ganzen Schaden und zahle Ihnen Ihre Einlagen bei mir doppelt heraus. Auch mehr, wenn Sie wollen. Ich gehe auf alle Bedingungen ein. Wieviel haben Sie bis jetzt darin stecken?"

„Hunderttausend etwa."

„Dollar?"

„Nein Pfund."

„Haben Sie noch andres Geld?"

„Nicht einen Penny."

„Können Sie sich von Ihrem Vater keines mehr verschaffen?"

„Auch nicht. Er kabelt sowieso schon fortwährend, ich hätte mich zu tief eingelassen. Nun ist es geschehen, aber geben? Nicht einen Heller. Und Sie? Stecken Sie tief drin?"

„Bis über die Ohren."

„Und trifft es Sie schwer?"

„Furchtbar. Denn wenn es mir nicht gelingt, mich zu retten, bin ich ein Bettler. Mit Fünfhunderttausend ist mir gedient."

„Warum wenden Sie sich denn nicht an Ihre Schwester?"

„Auch ihr Geld ist weg."

„Hat sie es denn auch mit hineingesteckt?!" rief Reginald ganz entsetzt.

„Nein, das heißt . . . ja . . ."

Er war doch kein guter Lügner bis jetzt, das sah man ihm an.

„Sie werden's doch nicht ohne ihr Wissen hineingesteckt haben?"

„Doch," sagte jener.

„Um Himmels willen!" rief Reginald. „Ist das wahr? Nein, was sind Sie für ein erbärmlicher Mensch!"

„Ich brauche Ihre Predigten nicht. Was ich bin, geht niemand etwas an. Nur eines steht fest, daß, wenn mich niemand rettet, sie alles verliert. Und Sie geben doch vor, sie zu lieben. Dann retten sie Sie doch und verdienen Sie sich noch ein Stück Geld mit dazu."

Reginald schüttelte sich, als überliefe ihn ein Schauder.

„Ich werde sehen, was sich tun läßt," sagte er und drehte sich um.

„Gott segne Sie, Reginald," sagte der andre. „Sie treffen mich in meinem Bureau oder auf der Börse gewiß. Aber gehen Sie, gehen Sie nur schnell und lassen Sie sich danken."

Und er streckte ihm beide Hände entgegen.

„O, ich . . . ich brauche keinen Dank. Was ich tue, tue ich für Miß Livingstone, nicht für Sie. Und Ihre Hand . . . die . . . die nehme ich lieber nicht. Mir gefällt die Art, wie Sie Geschäfte machen, nicht gut. Adieu."

Und er ging.

7.

Der Versuch Smith-Vogts', seinen Vater durch eine Kabeldepesche zu bestimmen, ihm einen weiteren Kredit zu eröffnen, blieb vollständig fruchtlos.

„Nicht einen Penny" war die Antwort, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließ.

Und der sehr ehrenwerte Herr Reginald war darüber verzweifelt.

Nicht um Livingstones willen. Denn nach allem, was dieser ihm eröffnet hatte, hätte er ihn mit größter Gemütsruhe zugrunde gehen sehen, aber wenn Miß Livingstone mit darin verwickelt war, dann lag die Sache ganz anders. Seine Besorgnis um ihr Wohlergehen war aber so tief und echt wie seine Liebe. Er vergaß sich selber ganz und dachte nur daran, wie sie zu retten sei.

Der Zufall wollte es nun, daß auch er in seinem Dilemma den Mr. Tillotson traf. Das heißt, ein Zufall war's gerade nicht; denn es war nur allzu begreiflich, daß auch Mr. Tillotson am Entscheidungstage sich an der Börse befand. Ein Zufall war es nur, daß Reginald ihn einen Augenblick sah, und aus Angst, Tillotson könne im Gedränge wieder entwischen, rannte er auf ihn zu, packte ihn am Arm und zog ihn schnell mit sich fort.